

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/211

2. November 1972

Die Grenze ist durchlässiger geworden

Keine Erleichterungen ohne Verhandlungen
mit der DDR

Von Egon Franke
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen
Seite 1 und 2 / 85 Zeilen

Erlar kein Kronzeuge für Barzel

Fakten gegen eine geschmacklose "Unions"-
Agitation

Von Dr. Hartmut Scell
Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg
Seite 3 und 4 / 98 Zeilen

Bedrückende Sorge um Europa

Überlegungen zum Ergebnis der Luxemburger
Konferenz

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Gastarbeiter sind Kollegen

Aktuelle Sozialprobleme für ganz Europa

Seite 7 bis 9 / 153 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Edert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn-12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenr. 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 50 37 - 36
Telex: 522 548 / 568 547
522 548 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Grenze ist durchlässiger geworden

Keine Erleichterungen ohne Verhandlungen mit der DDR

Von Egon Franke

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Die Bundesregierung hat sowohl vor der Öffentlichkeit als auch in den Verhandlungen mit der DDR immer wieder darauf hingewiesen, daß die Anwendung von Waffengewalt an der Grenze zwischen den beiden Staaten in Deutschland - in welcher Form dies auch immer geschehen mag - dem Grundsatz der Entspannung zuwiderläuft. Sie bedauert die Mittel und Methoden, mit denen die DDR ihre Grenze gegen uns hermetisch und ohne Rücksicht auf Gefährdung von Menschenleben abzuschließen versucht, obwohl auch Ost-Berlin sich ständig der Entspannungspolitik verpflichtet erklärt.

Aber: Diese Bundesregierung ist ebensowenig in der Lage, unmittelbar auf den Aufbau von automatischen Selbstschußanlagen im Grenzsicherungssystem der DDR verhindernden Einfluß zu nehmen, wie es ihre Vorgängerinnen beim Aufbau des Sperranlagenystems an der innerdeutschen Grenze im Jahre 1953, bei dessen Ausbau einschließlich der Anlegung von Minenfeldern und beim Bau der Mauer in Berlin im Jahre 1961 tun konnten.

Diese neue Stufe technischer Perfektion im Ausbau ihres Sperrsystems ist Bestandteil und Ausdruck der Abgrenzungspolitik der SED. Wir müssen in Rechnung stellen, daß es in der DDR immer noch starke Kräfte gibt, für die die Abgrenzungspolitik eine Priorität hat, hinter der andere negative Wirkungen - zum Beispiel im Hinblick auf das Ansehen der DDR insgesamt und bei der Bevölkerung in der DDR selbst - zurücktreten.

Wir verschließen die Augen nicht vor der Tatsache, daß die Sperren von der DDR ständig ausgebaut worden sind, und daß dadurch die Grenze zwischen den beiden Staaten in Deutschland immer unüberwindlicher und undurchlässiger gemacht wurde. Nach Auffassung der Bundesregierung ergibt sich aber gerade aus dieser Tatsache die Notwendigkeit, das uns aus unserem Verständnis des nationalen Interesses Obliegende zu tun, indem wir in unablässigen Bemühungen und Schritt für Schritt eine Normalisierung der Situation zwischen den beiden Staaten in Deutschland, also des praktischen Umgangs miteinander, anstreben und damit und dadurch auch für die Menschen unseres Volkes verbesserte Möglichkeiten für die Ausübung und Pflege ihrer Beziehungen zueinander schaffen.

Erklärungen und Proteste haben ihren Platz zur Verdeutlichung unseres Standpunktes; sie helfen uns aber allein nicht weiter. Es gibt keine Erleichterungen und keine Verbesserungen der Situation ohne Verhandlungen mit der DDR und ohne Abmachungen, die

für uns ebenso wie für die DDR einen verbindlichen Charakter haben müssen. Diesen Weg geht die Bundesregierung.

Sie hat immer unterstrichen, daß eine Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland eng mit materiellen, für die Menschen fühlbaren Verbesserungen verbunden sein muß. Die Bemühungen der Bundesregierung gegenüber der DDR sind daher darauf gerichtet, die Kontaktmöglichkeiten zwischen den Menschen in beiden Staaten zu erleichtern und zu vermehren und die Grenze für den Reise- und Besucherverkehr durchlässiger zu machen.

Erste Erfolge bei der Schaffung von Möglichkeiten verbesserter Kommunikation sind bereits zu verzeichnen. Die Skala beginnt mit den durch den Verkehrsvertrag in Kraft getretenen Erleichterungen und Verbesserungen des innerdeutschen Reiseverkehrs, durch die nunmehr auch noch nicht im Rentenalter stehende nahe Verwandte bei dringenden Familienangelegenheiten zu uns reisen können, Rentner im Gegensatz zu früher mehrmals im Jahr ausreisen dürfen, Bundesbürger nicht mehr nur Verwandte, sondern auch Bekannte in der DDR besuchen und auch als Touristen dorthin reisen können. Die Skala reicht weiter über die Einrichtung zahlreicher zusätzlicher Telefonleitungen, die es den Menschen ermöglichen, jederzeit miteinander zu sprechen; und die Skala führt vorläufig über die Beschleunigung des Brief- und Paketverkehrs bis zur Lockerung der Bestimmungen über Geschenksendungen in die DDR.

Die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten ist nach Auffassung der Bundesregierung in der Tat durchlässiger geworden. Die Frage scheint mir erlaubt zu sein, ob dieses nicht Erfolge sind, die in unser aller Interesse liegen, wenn wir sie mit der Situation vergleichen, die vor dem Beginn der Gespräche und Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gegeben war, der Gespräche und Verhandlungen, die - wie ich bereits unterstrichen habe - der einzige gangbare Weg für den Versuch sind, unsere Vorstellungen über die erforderliche Kommunikation zwischen den beiden Teilen unseres in zwei Staaten lebenden Volkes durchzusetzen.

Mancherorts scheint die Vorstellung zu bestehen, daß wir diese Politik trotz Absperrung an der Grenze, Minenfeldern und Selbstschußanlagen verfolgen. Diese Vorstellung kann sich nur aus einer auf den Augenblick beschränkten Denkweise ergeben. Gerade der, dem dieser Zustand Sorgen bereitet und der ihn verurteilt, muß bei einer auf längere Zeiträume angelegten Betrachtung der Situation, in der sich unser Volk befindet, zu der Überzeugung gelangen, daß sie den einzig beschreibbaren Weg weist, um im Rahmen der Entspannungspolitik in Europa allmählich eine Lage in Deutschland zu schaffen, deren Auswirkungen sich auch die DDR nicht entziehen kann, und in der Grenzsperrren ihren Zweck verlieren und ihren anachronistischen Charakter offenbaren.

(-/2.11.1972/xs/ex)

+ + +

Erlor kein Kronzeuge für Barzel

Fakten gegen eine geschmacklose "Unions"-Agitation

Von Dr. Hartmut Soell

Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg

In den letzten Wochen und Monaten haben die "Unions"-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und Dr. Rainer Barzel mehrfach den Versuch gemacht, den 1967 verstorbenen Fraktionsvorsitzenden und stellv. SPD-Vorsitzenden Fritz Erlor als Kronzeugen gegen die heutige Politik seiner Partei und gegen die von ihr getragene Regierung unter Willy Brandt zu benutzen. Dazu muß festgestellt werden, daß von allen Politikern der heutigen Opposition Strauß und Barzel das geringste Recht haben, sich auf Erlor zu berufen. Gerade diesen beiden Männern ist Erlor - durch schmerzliche Erfahrungen belehrt - in den letzten Jahren seines Lebens mit großem Mißtrauen begegnet.

1/ Als für die äußere und innere Sicherheitspolitik seiner Partei verantwortlicher Politiker hat Fritz Erlor Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre versucht, auch mit dem damaligen Verteidigungsminister Strauß jenes Minimum an Vertrauen herzustellen, das für den Umgang zwischen Regierung und Opposition im demokratischen Staat gerade in diesen politisch zentralen Fragen notwendig ist. Selbst als durch die Barth-Affäre im Frühjahr 1962 Straußens Wahrheitsliebe gegenüber dem Parlament zum ersten Mal sichtbar ins Zwielflicht geraten war, hatte Erlor diese Zusammenarbeit fortgesetzt. Erst als ihm im Laufe der Strauß-Spiegel-Affäre - nicht zuletzt durch rechtsstaatlich denkende Beamte der deutschen Botschaft in Madrid - bekannt wurde, daß Strauß dem Parlament bewußt die Unwahrheit gesagt hatte, als es um die Klärung seines objektiv rechtswidrigen Eingriffs bei der vorläufigen Festnahme des "Spiegel"-Redakteurs Conrad Ahlers in Spanien ging, hatte Erlor alles in seiner Macht Stehende getan, damit Strauß künftig nicht mehr als Minister die Regierungsbank zieren würde.

Der Hartnäckigkeit Erlors und einiger seiner Kollegen aus der SPD-Fraktion ist es zu verdanken, daß Strauß in den Fragestunden des Bundestages am 8. und 9. November 1962 Stück für Stück die Wahrheit preisgeben mußte. In Erlors Augen hatte Strauß vollends seine menschliche und politische Glaubwürdigkeit verloren, als er sich schließlich in dieser Affäre hinter dem Rücken des damaligen Kanzlers zu verstecken suchte, obwohl Erlor sehr genau darüber informiert war, daß Adenauer über wichtige Maßnahmen, die Strauß - angeblich im Auftrag des Kanzlers - in Gang gesetzt hatte, vorher nicht in Kenntnis gesetzt worden war.

Seither hatte Erlor Strauß und dessen Bestreben, wieder in ein Staatsamt zu gelangen, als ein für die demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik kaum tragbares Sicherheitsrisiko eingeschätzt und sich entsprechend verhalten.

2/ Fritz Erlors Mißtrauen gegenüber Dr. Rainer Barzel war kaum weniger begründet. Im Rahmen der Beratungen über die Notstandsverfassung im vierten deutschen Bundestag war in einem Gespräch der Vorsitzenden der drei Bundestagsfraktionen bei Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard am 6. Juni 1964 Einigkeit darüber erzielt

worden, daß die künftige Arbeit an der Notstandsverfassung in den Ausschüssen des Bundestages sich im Rahmen der von Erler auf der Basis der Beschlüsse des SPD-Parteitages des Jahres 1962 in Köln entwickelten Vorstellungen zu bewegen habe. Statt sich daran zu halten, hatte Dr. Barzel - schon damals amtierender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU - die entscheidenden Beratungen bis kurz vor die Bundestagswahlen 1965 hinausgezögert, um die SPD zur Aufgabe ihrer, die Verantwortung des Parlaments und den sozialen Rechtsstaat sichernden Vorstellungen zu nötigen, bzw. - weil sie sich dazu nicht hergeben konnte - um der SPD im Wahlkampf vorwerfen zu können, sie gefährde die Sicherheit der Bundesrepublik.

Fritz Erler hat dieses Verhalten Barzels als Wortbruch empfunden. Er wog für ihn umso schwerer, als vor allem er es gewesen war, der seit Jahren mit allen seinen Kräften bemüht war, die durch den Schröder-Entwurf von 1960 ("Der Ausnahmezustand ist die Stunde der Exekutive") total vergiftete innenpolitische Atmosphäre - besonders im Verhältnis von Gewerkschaften und Staat - wieder zu entgiften.

3/ Gerade weil Fritz Erler immer für einen politischen Stil eingetreten ist, der es erlaubte, im politischen Gegner auch noch den Menschen - und nicht den zu vernichtenden Feind - zu erkennen, braucht man wenig Phantasie, um sich vorzustellen, wie sich heute die Opposition zucken würde, wenn Erler im Bundestag in der ihm eigenen klaren Sprache die Tiraden von Strauß in der "Bild"-Zeitung und im "Bayernkurier" - daß nämlich der Regierungswechsel von 1969 kein normaler demokratischer Wechsel gewesen sei, sondern der "Beginn des Umsturzes der Gesellschaft", und daß die Ratifizierung der Ostverträge der "Versuch eines kalten Staatsstreichs" sei - zurückweisen würde.

4/ Man benötigt ebensowenig Phantasie, um sich vorzustellen wie Fritz Erler - dem im Januar 1965 im Zusammenhang mit seinem Vorschlag, mit den Polen auch schon vor einer friedensvertraglichen Regelung über die Grenzfrage zu verhandeln, aus dem Munde von Dr. Barzel entgegengetönt war, daß Erler damit die Gemeinsamkeit in der Außenpolitik verlasse und sich auf das Feld der Verzichtspolitik begeben - heute Infamien wie dem des "Ausverkaufs deutscher Interessen" begegnen würde.

Ganz abgesehen von der Geschmacklosigkeit nach der Devise der amerikanischen Pionierzeit - "nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer" - vorzugehen und erst tote Sozialdemokraten zu guten Sozialdemokraten zu erklären: ist in diesen vier Punkten deutlich geworden:

Fritz Erler ist ganz gewiß kein Kronzeuge für Strauß und Barzel.

(Der Heidelberger Historiker Dr. Hartmut Soell war zu Erlers Lebzeiten Assistent der SPD-Bundestagsfraktion für Grundsatzfragen der Sicherheitspolitik gewesen und hatte zu den engsten Mitarbeitern des Fraktionsvorsitzenden und stellv. Parteivorsitzenden gehört. Später war er persönlicher Referent von Erlers Nachfolger im Fraktionsvorsitz, Helmut Schmidt, gewesen. Dr. Soell arbeitet zur Zeit an einer Biographie über Fritz Erler.

(-/2.11.1972/ks/ex)

Bedrückende Sorge um Europa

Überlegungen zum Ergebnis der Luxemburger Konferenz

"In Luxemburg", sagte der Bundeskanzler, "sind nicht alle unsere Wünsche in Erfüllung gegangen". In der Tat: Die vor allem von politischen Propheten mit viel Vorschußlorbeern bedachte Stabilitätskonferenz der EWG-Wirtschafts- und Finanzminister hat - vorsichtig formuliert - nicht gehalten, was nach uneingeschränkt übereinstimmenden stabilitätspolitischen Erfordernissen von ihr erwartet werden mußte.

Man kommt deshalb um die Feststellung nicht herum, daß auch die neun Europäer - geht es um praktische Maßnahmen - noch mit zuviel Zungen reden und mit zu wenig Einmütigkeit handeln: Wenn sie das überhaupt tun. Die gemeinsame Zielorientierung, die Preissteigerungsrate innerhalb von Jahresfrist allgemein auf vier vH. zu drücken, ist vorerst einmal ein verbales Bekenntnis.

Wer die Erfahrungen der Vergangenheit nicht völlig außer acht läßt, muß aber, angesichts mangelnder Gemeinsamkeit bei den zur Stabilisierung des Geldwertes notwendigen praktischen Maßnahmen, Zweifel haben, ob die EWG-Mitglieder sich auch tatsächlich auf einer breiten Front auf dies Maß der Geldwertstabilität zubewegen.

Bei dem Versuch, eine Bilanz der zwei Tage von Luxemburg zu ziehen, fällt auf, daß es einfach zuviele Ausnahmen für ein stabilitätsorientiertes Verhalten aller neun Mitglieder gibt. Das ist nicht unproblematisch, um nicht zu sagen: Nicht ganz ungefährlich. Der Grund dafür mag darin liegen, daß in manchem Partnerstaat die Frage der Geldwertstabilität noch weit mehr ein Problem nationalökonomischer Denkschulen ist als die auch Regierungen zwingende Auflage nationaler Gesetze zur Herstellung und Erhaltung eines Höchstmasses an Geldwertstabilität.

Aber genau das ist jener Punkt, den die Partner der Bundesrepublik nicht unterbewerten oder gar übersehen sollten: Das

Stabilitätsgesetz der Bundesrepublik gilt. Es zwingt die Bundesregierung, nicht nur etwas für die Geldwertstabilität zu tun. Die Partnerstaaten in Europa sollten bedenken, daß weder dem Sinn noch dem Zweck der römischen Verträge gedient ist, wenn die ökonomische Potenz und der monetäre Faktor Bundesrepublik in einen Zielkonflikt zwischen nationaler Gesetzestreue und europäischer Solidarität manövriert wird.

Europa braucht mehr Gemeinsamkeit: Nicht nur in der politischen Artikulation, sondern - und das vor allem - in praktischem Verhalten. Falls sich die EWG nicht auf mehr gemeinsame Maßnahmen für eine solide wirtschaftliche und monetäre Entwicklung einigt, wächst die Gefahr, daß die wenigen gemeinsamen Maßnahmen überlastet werden und unter diesem Druck zusammenbrechen, was im Endeffekt auf eine weitgehende Unwirksamkeit hinausläuft.

Aber noch besteht die Hoffnung, daß man die Konsequenzen derartiger Unzulänglichkeiten erkennt. Diesen Schluß lassen Äußerungen prominenter Konferenzteilnehmer zu. Bundesfinanz- und -wirtschaftsminister Helmut Schmidt prophezeite: "Mit den Beschlüssen werden wir die riesige Liquiditätsvermehrung durch das amerikanische Handels- und Zahlungsbilanzdefizit nicht stoppen", und sein französischer Kollege Giscard d'Estaing erkannte: "Wir haben wenig Fortschritte gemacht". EWG-Finanzkommissar Barre resignierte in Luxemburg: "Die Debatte erinnert mich an das Lustspiel 'Much ado about nothing' (viel Lärm um nichts)". Wenn solche Erkenntnisse gemacht wurden, sollte man meinen, daß auch entgegengesetzte Konsequenzen gezogen werden können.

Theodor Trennes
(-/2.11.1972/ks/ex)

* * *

Gastarbeiter sind Kollegen

Aktuelle Sozialprobleme für ganz Europa

Fast dreiviertel aller Bundesbürger sind der Ansicht, daß die Zahl der Gastarbeiter in der Bundesrepublik vermindert werden sollte. Nur 27 vH. der Westdeutschen glauben, daß es bei uns noch nicht zu viele Italiener, Türken, Griechen, Spanier und Jugoslawen gibt. Trotz aller Bekenntnisse zur Völkerverständigung und zur europäischen Einigung scheint unter der deutschen Bevölkerung nach wie vor eine mehr oder weniger große Abneigung gegen Ausländer im eigenen Land zu bestehen. Dies ist umso erstaunlicher, als Millionen Bundesbürger jedes Jahr ihren Urlaub in den Heimatländern der Gastarbeiter verbringen.

Abbau der Vorurteile der Einheimischen gegenüber den Ausländern war einer der Hauptpunkte eines Erfahrungsaustausches, zu dem Bundesarbeitsminister Walter Arendt Regierungsvertreter aus neun europäischen Staaten nach Bonn eingeladen hatte. Bei der Konferenz ging es nicht darum, Fragen zwischen den Entsende- und Aufnahmeländern zu diskutieren, sondern es sollten jene Probleme besprochen werden, die von den Gastländern bei der Aufnahme, der Betreuung und der Integration der ausländischen Arbeitnehmer zu lösen sind. Vertreten waren daher alle jene Staaten, die einen sehr hohen Anteil an Ausländern aufweisen, wie etwa die Schweiz, Luxemburg, Schweden, Belgien, Großbritannien, Frankreich, die Niederlande und Österreich.

Erstaunlicherweise gilt auch Italien seit einiger Zeit als Aufnahmeland für ausländische Arbeitnehmer. Sizilien und Süditalien sind für Arbeitskräfte aus den nordafrikanischen und arabischen Staaten sehr attraktiv geworden. Diese Menschen kommen meist illegal mit Booten über das Mittelmeer. Überhaupt läßt sich der Trend einer europäischen, um nicht zu sagen eurafrikanischen Völkerwanderung von Süd nach Nord ablesen. Während Millionen Arbeitnehmer aus den nördlichen Mittelmeerstaaten Arbeitsplätze in Mittel- und Nordeuropa annehmen, strömen Zuwanderer aus Nord- und Schwarzafrika sowie aus den Inselstaaten in die nördlichen Mittelmeeranliegerstaaten ein. Dies ist ein völlig neues, bisher noch zu wenig beachtetes internationales Phänomen der Wanderarbeitnehmer. Als Beispiel kann Spanien gelten, wo derzeit schon rund 200.000 Araber beschäftigt sind. Die Wanderungsbewegung geht noch in eine andere Richtung: Sie konzentriert sich auf die Länder mit dem höchsten Sozial- und Lohnniveau. Daher verlassen Italiener und Spanier Frankreich, um in der Bundesrepublik Arbeit zu suchen.

Der Mittelmeerraum dürfte das große Arbeitskräftereservoir der Zukunft für die europäischen Industriestaaten werden. Bis 1985 wird sich dort die Bevölkerung um über 60 Millionen vermehren, allein in der Türkei um 15 Millionen Menschen. Es erscheint unmöglich, daß die dafür erforderlichen Arbeitsplätze in den europäischen Industriestaaten geschaffen werden können; dies dürfte selbst bei einer weiter fortschreitenden Arbeitszeitverkürzung, verlängerter Schul- und Berufsausbildung und früherer Pensi-

nierung (flexible Altersgrenze) nicht möglich sein. Für die Bundesrepublik rechnet man bis 1985 aufgrund dieser Faktoren mit einem Minus an Arbeitskräften von 1,2 Millionen (Entzugseffekt). Ein Ausgleich könnte durch verstärkte Rationalisierung, erhöhte Auslandsinvestitionen oder durch noch mehr Gastarbeiter erreicht werden.

Angesichts der immens ansteigenden Einwanderungswelle überlegen sich die Industriestaaten, wie sie den Zuzug der Ausländer besser in den Griff bekommen können. Es ist allgemein mit einer restriktiveren Einwanderungspolitik bei den meisten europäischen Ländern zu rechnen. Die Bundesregierung hat bereits erste Maßnahmen getroffen, um die Zuwanderung von Gastarbeitern zu "kanalisieren". In der Praxis bedeutet dies, daß künftig ausländische Arbeitnehmer nur noch dann aufgenommen werden, wenn sie ordnungsgemäß über die Anwerbestellen der Bundesanstalt für Arbeit vermittelt worden sind. Nur bei diesem geregelten Verfahren ist sichergestellt, daß für den Arbeiter Wohnraum vorhanden ist, und daß er den gleichen Lohn wie sein einheimischer Kollege erhält. Der sog. "zweite Einreiseweg" - d.h. über die deutschen Konsulate oder über Drittländer - soll künftig versperrt sein. Auf diese Weise will man vor allem auch die große Zahl illegaler Einreisen und Arbeitsaufnahmen unterbinden. Damit wird auch ausbeuterischen Menschenhändlern das Handwerk gelegt. Zurzeit läßt sich die Zahl der illegalen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik nur schätzen; es ist eine Dunkelziffer. Im ersten Quartal 1972 wurden beispielsweise 28.000 Ausländer über die Bundesanstalt für Arbeit vermittelt, 21.000 kamen jedoch auf anderen Wegen herein. Abgesehen von dieser Kanalisierung ist an eine Begrenzung oder Plafondierung der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik zunächst nicht gedacht. Die Schweiz sah sich bereits zu einer Kontingentierung der Ausländerbeschäftigung gezwungen. Der Zuzug wurde auf 50.000 jährlich begrenzt. Die niederländische Regierung wird in Kürze ein Gesetz vorlegen, mit dem die Aufenthaltsdauer der Ausländer auf höchstens zwei Jahre beschränkt wird. Die Gastarbeiter müssen dann in ihre Heimat zurück, andere können nun für zwei Jahre nach Holland. Man spricht von einem sog. Rotationsverfahren.

Für die EWG-Staaten ist eine Beschränkung wegen der Freizügigkeitsbestimmungen ohnehin nicht möglich. Nach der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft können von den 1,6 Millionen ausländischen Arbeitnehmern in Großbritannien 0,6 Millionen die Freizügigkeit in der EWG beanspruchen. Ob sie es tun werden steht noch dahin. Die von der Bundesregierung eingeleitete Kanalisierung gegenüber den Drittländern dürfte den Gastarbeitern aus den anderen EWG-Ländern zugute kommen. Italien hat sich in den EWG-Gremien bereits mehrmals beschwert, weil nach Ansicht Roms von den anderen Staaten nicht genügend Italiener aufgenommen werden.

Die illegale Arbeitsaufnahme sollte schon deshalb unterbunden werden, weil diese Arbeitnehmer meist außerhalb des Sozial- und Arbeitsrechts stehen und weil die offiziell über die Behörden akzeptierten Arbeitskräfte dann keine Stelle finden. In der Türkei warten schon 1,5 Millionen auf eine Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik. Dieser große Andrang ist verständlich, wenn man weiß, daß die Türken hier etwa zwanzigmal mehr verdienen können als zu Hause.

Eine weiterhin unkontrollierte Einreisepolitik würde auch die Chancen einer besseren Integration der Gastarbeiter beeinträchtigen.

Gerade auf dem Gebiet der sozialen und gesellschaftlichen Eingliederung und Betreuung bleibt in allen Industriestaaten noch viel zu tun, sollen neue, unterprivilegierte Schichten und Randgruppen vermieden werden. Für diese Bemühungen gilt das Motto: "Weg vom Bahnhof!" als dem Treffpunkt der Ausländer. Die Bonner Konferenz der Regierungsexperten machte deutlich, daß in den meisten Staaten das Verhältnis zwischen Einheimischen und Gästen noch sehr problematisch ist. Man denke an die Ausschreitungen gegen die Türken in den Niederlanden. Auf der anderen Seite unternehmen die Regierungen, die Wohlfahrtsverbände und die Sozialpartner sehr viel, um den Ausländern den Start im fremden Land zu erleichtern. Gerade Schweden kann auf diesem Gebiet einige mustergültige Projekte vorweisen. Die größten Schwierigkeiten liegen allgemein bei der Wohnraumbeschaffung, den Sprachkenntnissen, der Familienzusammenführung, der Berufsausbildung, der Gesundheitsfürsorge, dem Schutz am Arbeitsplatz und in der illegalen Arbeit.

Die Bundesregierung wird sehr bald weitere Maßnahmen zum besseren sozialen Schutz einleiten. Schließlich haben auch die Ausländer Anspruch auf Schulausbildung, Kindergärten, Krankenhäuser und öffentliche Leistungen. Nach Ansicht einiger Fachleute können die hohen Infrastrukturkosten allerdings bald den volkswirtschaftlichen Nutzen der Ausländerbeschäftigung übersteigen. Diese Kosten sind deshalb so hoch, weil die Ausländer vor allem in den Ballungsgebieten leben. Diese Entwicklung wird noch dadurch verschärft, daß immer mehr Ausländer im Gastland verbleiben und ihre Familien nachkommen lassen. In den neun Staaten, die in Bonn vertreten waren, gibt es zurzeit sieben Millionen ausländische Arbeitnehmer, einschließlich der Familienangehörigen zehn Millionen.

Das Problem der gesellschaftlichen Integration und Gleichbehandlung ließe sich auf die Dauer nur durch eine Art europäische Staatsbürgerschaft lösen. Die EWG hat mit ihrer Freizügigkeit für Arbeitnehmer einen Anfang dazu gemacht. Wirtschaftlich gesehen können die hochindustrialisierten Staaten ohne die ausländischen Arbeitskräfte heute nicht mehr existieren, schon gar nicht expandieren. Türken, Griechen, Spanier und Italiener sorgen mit dafür, daß es uns immer besser geht. Sie machen die Arbeiten, die bei uns keiner mehr ausführen will. In jedem Falle wäre es jedoch günstiger, wenn dort neue Arbeitsplätze geschaffen würden, wo die freien Arbeitskräfte reichlich vorhanden sind. Dies ist eine der wichtigsten Aufgaben einer künftigen europäischen Regionalpolitik, wie sie beim Pariser Gipfeltreffen der EWG in Aussicht genommen wurde.

Ein Zusammenleben mit den Gastarbeitern ist nur bei gegenseitigem Verständnis und Toleranz möglich. Man sollte also in den Fremden nicht rechtlose Roboter, sondern gleichberechtigte Menschen und Kollegen sehen. Es gilt, die potentiellen Gastarbeiter über ihr künftiges Gastland, die Einheimischen über die Notwendigkeit der Ausländerbeschäftigung und die sozialen Verhältnisse in den Herkunftsländern zu unterrichten. Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch sagte einmal: "Wir haben Arbeitskräfte erwartet und Menschen sind gekommen."

Egon C. Heinrich
(-/2.11.1972/bgy/ex)